

# SOWJETZONE

## ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM WINTER 1960/61

### *Ohne Wirtschaftsplan ...*

Wie schon in manchen Jahren zuvor mußten die Betriebe in der SBZ das neue Wirtschaftsjahr 1961 ohne Plan beginnen. Er soll erst im Laufe des Frühjahrs fertiggestellt werden. Die Unsicherheit um die Weiterführung des Interzonenhandels sowie um die Ausgestaltung des westdeutsch-sowjetischen Handelsabkommens und die daraus resultierenden Diskussionen in den Planungsgremien Ost-Berlins und Moskaus um die Möglichkeiten, von westdeutschen „SchlüsseP“-Lieferungen unabhängig zu werden, verhinderten eine rechtzeitige Planaufstellung. Diese Planungslücke wird überbrückt durch Selbstverpflichtungen und Aufrufe zu besonderen Leistungen, zu deren Begründung der als augenblickliches „Schreckgespenst“ Nummer eins in der Zonenpresse herausgestellte westdeutsche Verteidigungsminister *Strauß* herhalten muß.

### *... aber mit neuem Interzonenhandelsabkommen*

Unabhängig davon sind Stahllieferungen aus der Bundesrepublik nach wie vor höchst begehrt. Das neue Abkommen über den *Interzonenhandel*, dessen Umsatz im Jahre 1960 den Vorjahresumsatz etwa um 3 bis 4 vH überstieg, kann zu einer elastischeren Handhabung als bisher führen, da nunmehr die Salden auch durch Barzahlungen ausgeglichen werden können und die Warenlisten nicht mehr befristet sind. Für Barkäufe gab es bisher nur das Sonderkonto „S“, das dem Bezug vor allem von „harter Ware“ aus Westdeutschland diene. Wenn die SBZ also genügend Westmark oder andere konvertierbare Zahlungsmittel einsetzen kann, brähe ein „goldenes Zeitalter“ für die Interzonenhändler an. Es ist aber offensichtlich in Pankow nicht unbekannt, daß die Bestrebungen nach größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Westdeutschland hierzu im Widerspruch stehen. Die SBZ könnte jedoch jederzeit, wenn sie ihren Mangel an Devisen zugäbe, damit auch ein von ihr zu vertretendes Stagnieren des Interzonenhandels begründen.

### *Stärkere Zusammenarbeit — aber auch Schwierigkeiten im Ostblock*

Im Ostblockhandel besteht seit dem 1. Januar 1961 eine neue Situation. Die *Iswestija* hat zwar bei der Bekanntgabe der neuen Wechselkurse zum Rubel erklärt, daß sie nicht für „kommerzielle“ Zahlungen gelten, aber der Finanzminister der SBZ erläuterte kürzlich, daß für den Handelsumsatz SBZ—Sowjetunion der neue Rubelkurs nach der Methode: alter Kurs mal 22,5 geteilt durch 100 zu berechnen sei. Da nicht eindeutig klar ist, ob als alter Kurs der vom November 1953 mit 1 DM/O = 1,80 Rubel oder der sogenannte Valutarubelkurs vom Spätherbst 1959 mit 1 DM/O = 0,95 Rubel anzusehen ist, gibt es zwei Möglichkeiten: 1 DM/O = 0,41 oder 0,21 Rubel. Auf jeden Fall müßte die Zone nach diesen Kursen in Rußland für ihre Einfuhren erheblich höhere Preise zahlen als bisher und erhielte für die Ausfuhr niedrigere Gegenwerte. Diese Abwertung der Ostmark ist allerdings milder, als die schematische Umwertung des Rubels mit 10:1 erwarten ließ; denn danach wäre die DM/O nur noch 0,18 bzw. 0,095 Rubel wert gewesen.

Was bei einem in solch starkem Maße einfuhrabhängigen Gebiet wie der SBZ dieser Zwang zur Verteuerung der Einfuhren bedeutet — gerade auch im Hinblick auf ein eventuelles Ausweichen auf die Sowjetunion als Ersatzlieferanten für Westdeutschland —, liegt auf der Hand. Man darf dabei jedoch nicht außer acht lassen, daß die Verrechnungskurse im Ostblockhandel schon bisher uneinheitlich festgesetzt worden sind; es bestünde also die Möglichkeit, in Zukunft zu große Härten auf diese Weise auszugleichen.

Bleiben wir noch bei der Außenwirtschaftslage der SBZ. Es zeigt sich, daß in der Wirtschaftsintegration im europäischen Ostblock, vor allem in der „branchenmäßigen Kooperation“ der Industrieländer, erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, weil die einzelnen Industrieländer nur sehr ungern auf die Eigenproduktion in bestimmten Industriezweigen zugunsten des Nachbarn verzichten, ein Verzicht, der ja langfristig dazu führen soll, daß jedes Industrieerzeugnis nur noch in einem Lande hergestellt wird. Das Ergebnis konkurrenzwirtschaftlicher Auslese soll hier also durch Reglementierung erreicht und der technische Konzentrationsprozeß beschleunigt werden mit all seinen Möglichkeiten zu Rationalisierung und Typenbereinigung.

14 Fachkommissionen haben sich der Klärung der damit zusammenhängenden Fragen zu widmen, von denen sechs ihren Sitz in Moskau haben, je zwei in Warschau und Prag und die restlichen vier in Ost-Berlin, Budapest, Bukarest und Sofia. Die durch die spezialisierte Produktionsaufteilung möglichen positiven technischen Effekte haben auch unan-

genehme Begleiterscheinungen. Die gegenseitige Abhängigkeit nimmt sehr stark zu, wobei aus den eigenen Erfahrungen die Sorge wächst, ob eine kontinuierliche Versorgung mit den benötigten Erzeugnissen und Ersatzteilen gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang muß auch der von Pankow auf die mitteldeutsche Industrie ausgeübte Druck gesehen werden, von den deutschen Industrie-Normen auf russische Gost-Normen überzugehen. Dieser Prozeß ist für die technisch-industrielle Zusammenarbeit im Ostblock sicher bedeutungsvoll, er stellt aber zugleich eine weitere Etappe in der innerdeutschen Entfremdung dar und schmälert die Wettbewerbsfähigkeit der SBZ auf dem westlichen Weltmarkt.

In der zweiten Januarhälfte hat sich die SBZ nach langwierigen Verhandlungen vertraglich verpflichtet, Polen einen Kredit in Höhe von 57,8 Mill. neue Rubel für den Bau des polnischen Abschnittes der Erdölleitung von Rußland nach Mitteldeutschland zu gewähren. Aus dem Interzonenhandel stammende Rohre, wie es heißt von Mannesmann bzw. von Krupp, werden dafür geliefert. Ob dieses unerwartete Entgegenkommen Pankows nur sowjetischem Einfluß zuzuschreiben ist oder ein Gegengewicht bilden sollte zu den Erörterungen um die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen, läßt sich nicht analysieren. Die Abdeckung dieses Kredits geschieht auf dem Wege der Verrechnung mit den Benutzungsgebühren für die Pipeline auf polnischem Gebiet auf die Dauer von zehn Jahren nach Beginn der Erdöltransporte. Dieses Erdöl soll einmal in dem noch aufzubauenden Erdölkombinat Schwedt verarbeitet werden (1963 bereits 2 Mill. t Rohöl), obwohl die Lieferschwierigkeiten der volkseigenen Zulieferbetriebe den seit 1959 beabsichtigten Bau der Raffinerie in Schwedt bisher blockiert haben. Der Aufbau einer Petrochemie in Mitteldeutschland bindet dieses Gebiet noch stärker als bisher an den sowjetischen Wirtschaftsablauf. Die SBZ erhält damit als schon jetzt größter Handelspartner der Sowjetunion eine noch stärkere wirtschaftliche Stellung im Ostblock.

Mit um so größerer Besorgnis studiert man daher in Pankow das neueste Werk von Professor *Strumilin*, einem der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, in dem er sich sehr kritisch mit der bisherigen Darstellung des Wirtschaftswachstums in Rußland auseinandersetzt. Vom Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung Ende der zwanziger Jahre bis zur Mitte der fünfziger Jahre sei die Industrieproduktion der Sowjetunion nicht, wie offiziell behauptet, um das Zwanzigfache, sondern nur um das Dreizehnfache gestiegen. Der Grund für diese Berichtigung liege in „Rechenfehlern“ der bisherigen Berechnungs-

methodik, einem Bruttoverfahren mit Doppelzählungen. Nach der gleichen Methode wird auch das Wirtschaftswachstum der SBZ gemessen. Strumilins Kritik trifft daher auch die Plankommission der Zone. Müssen daraus in Pankow Konsequenzen gezogen werden, dann sieht es nicht gut aus um die bisher auf dem Papier errechneten Chancen der SBZ-Wirtschaft in dem von *Ulbricht* propagierten „friedlichen Wettbewerb“ mit der Bundesrepublik.

Für 1961 hatte *Ulbricht* der mitteldeutschen Bevölkerung versprochen, daß im Verbrauch wichtiger Konsumgüter das westdeutsche Niveau eingeholt und übertroffen werde. Ihm hätte eigentlich seine ungeheuerliche Ankündigung aus dem Jahre 1950 noch in den Ohren klingen müssen, nach der in der SBZ im Jahre 1956 — nach Erfüllung des 1. Fünfjahresplanes — „ein Wohlstand wie nie zuvor“ herrschen sollte. Die für 1961 gemachten Versprechungen hatten den gleichen Wahrheitsgehalt wie die für 1956, nämlich gar keinen.

### *Rückblick auf 1960*

Die amtlichen Darstellungen über die Wirtschaftsentwicklung des abgelaufenen Jahres — u. a. der offizielle Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, eine Rede von *Leuschner* auf der 11. Tagung des ZK der SED und das letzte Jahrbuch der Sowjetzone, ein textlicher Zwilling zum Statistischen Jahrbuch — lassen die Schwierigkeiten erkennen, welche die vorjährige Entwicklung belastet haben und auch für das Jahr 1961 bestimmend sein werden:

Im Steinkohlenbergbau waren es „geologische Schwierigkeiten“; die „Ziele im Energieprogramm konnten nicht erreicht werden“, obwohl die Energieerzeugung 1960 doppelt so groß gewesen sei wie im Jahre 1950. Die gesamte metallverarbeitende Industrie hat ihren Plan nicht erfüllt. Wieder lagen die Zuwachsraten der Leichtindustrie mit 2,9 vH und der Lebensmittelindustrie mit 4 vH am Ende der Rangliste. „In der Versorgung mit einigen Materialien, insbesondere mit spezifischen Walzstahlsortimenten, gab es zeitweilige Schwierigkeiten.“ „In einer Reihe von Betrieben wurde die Plandisziplin ernsthaft verletzt.“ Auch in der Realisierung der Exportaufträge seien Pannen zu verzeichnen gewesen. „Der Plan der Bauproduktion wurde nicht erfüllt.“ Die Ursachen seien die Zersplitterung des Bauschaffens, schlechte Auslastung der Baumaschinen und Geräte und ungenügende Vorbereitung von Investitionsvorhaben. „Der Transportbedarf der Wirtschaft konnte nicht immer voll gedeckt werden“, die volkseigenen Kraftverkehrsbetriebe hätten ihren Jahresplan nicht erfüllt, weil die vorgesehene „Umsetzung“ der Fahrzeuge aus dem volkseigenen Betriebs-Werksverkehr in die Kraft-

Verkehrsbetriebe nur zu 60 vH durchgeführt worden sei. Außerdem hätten sich die Betriebe beim Ausladen der Eisenbahnwaggons zuviel Zeit gelassen.

Der rasch anwachsende Bedarf der Bevölkerung, „insbesondere bei Haushaltskühlschränken, elektrischen Waschmaschinen, Fernsehgeräten und Staubsaugern“, konnte nach dem offiziellen Bericht der Zentralverwaltung für Statistik nicht befriedigt werden. Die Feststellung: „Darüber hinaus traten auch örtlich Schwierigkeiten bei der Versorgung in einigen Warenarten und in bestimmten Sortimenten auf“, ist an vorsichtiger Verschwommenheit kaum noch zu übertreffen und kennzeichnet für den Kenner der Materie die unzulängliche Versorgungslage der mitteleutschen Bevölkerung im Konsumgüterbereich.

Die *Industrieproduktion* soll von einem Wert von 65,5 Md. DM um 8,3 vH auf knapp 71 Md. zugenommen haben. Dieser Zuwachs komme fast völlig auf das Konto der um 8,2 vH gestiegenen Arbeitsproduktivität. Der Lohnfonds in der volkseigenen Industrie ist aber nur um 5 vH gewachsen, in der übrigen Industrie demnach noch weniger. Die gesamte Bevölkerung der SBZ soll im Jahre 1960 65 Md. DM Einkommen gehabt haben, von denen 45 Md. DM in Form von Warenbezug aller Art wieder ausgegeben worden seien. Nach den amtlichen Angaben sollen die Gesamteinkünfte der Bevölkerung von 1957 bis 1960 um 23 vH und der Warenumsatz im gleichen Zeitraum um 28 vH gestiegen sein. Das ergäbe also ein relativ größeres Gewicht des Warenkonsums; 1957 wurden 66 vH der Geldeinkünfte und 1960 69 vH konsumiert. Noch immer liegt allerdings der Umsatz an Industriewaren mit einem Anteil von 44,6 vH bemerkenswert niedrig trotz der stark überhöhten Preise der industriellen Konsumgüter, wodurch der nach dem Preis berechnete Umsatzanteil gesteigert wird, jedoch der effektive, mengenmäßige Umsatz, der ja niedriger ist, falsch wiedergegeben wird.

An dieser Stelle war im Heft 12/1960 auf die ungenügenden Leistungen im mitteleutschen *Wohnungsbau* eingegangen worden. Ende Januar 1961 hat sich der „Ministerrat“ der SBZ mit der katastrophalen Versorgung der Bevölkerung mit Baumaterialien, nicht etwa für Neubauten, sondern nur für Reparaturen und Instandhaltung, befassen müssen. Der Beschluß, von dem eine Besserung der Lage erhofft wird, verdient einen Kommentar. Es heißt dort, daß Hausgemeinschaften, die Reparaturen und Verschönerungsarbeiten in Eigenleistungen vornähmen, vorrangig zu beliefern seien — Hausgemeinschaften der Mieter, wohlverstanden im staatlichen Hausbesitz, wobei unter Eigenleistung körperliche Arbeit in der Freizeit mit auf eigene Kosten gekauftem Material zu verstehen ist. Eine weitere, interessante Form der Berücksichtigung der aus

dem Dritten Reich übernommenen niedrigen Stoppmieten, für die jetzt Opfer gebracht werden können.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Regelung auch für Hausgemeinschaften in privaten Miethäusern gedacht ist; denn dem Ministerrat lag an der Entlastung des staatlichen, nicht aber des privaten Hausbesitzes — vom System her gesehen völlig konsequent, wenn auch die Mieter dies ganz anders beurteilen.

### *Große Pläne für 1961*

Ausgabefreudig zeigt sich die Verwaltung der SBZ bei der Planung der 224 km langen, von Saßnitz zum Zonengrenzort Seimdsdorf führenden Transitstraße, die 1961 mit einem Aufwand von 15,7 Mill. DM auf 8,5 m verbreitert, mit Tankstellen, Wasch- und Pflegehallen, Rastplätzen und Hotels ausgebaut werden soll, um den Autoverkehr von Südschweden nach Westeuropa über das Gebiet der Zone lenken zu können. Das äußere Bild der Ortschaften an dieser Straße soll ebenfalls verschönert werden, und die öffentliche Hand hat weitere 1,17 Mill. DM bereitgestellt zur Finanzierung von Wettbewerben der Bevölkerung. Dieser Aufwand dient neben wirtschaftlichen Zwecken auch der politischen Propaganda. Diese Transitstraße wird praktisch mit der „Vogelfluglinie“ über Fehmarn in Konkurrenz treten, was nur möglich wurde, weil die Bundesrepublik sich bereit erklärte, den seit 1952 von der Zone gesperrten Grenzübergang bei Seimdsdorf wieder einzurichten.

Gewiß sind wir alle daran interessiert, an der Zonengrenze zumindest den Zustand vor ihrer durch die Sowjets angeordneten Sperrung im Sommer 1952 wiederherstellen zu können; die Aktion Transitstraße findet also Zustimmung. Aber war es nötig, dem in diesem Falle eindeutigen sowjetzonalen Interesse so selbstlos und ohne Gegenforderung stattzugeben? Wie wäre es z. B. mit einer unkontrollierten Transitstraße von Helmstedt nach West-Berlin, wie wäre es mit der Forderung nach Beseitigung der Stacheldrahtverhaue an der Zonengrenze gewesen? Aber davon hat man leider nichts gehört. Die Bundesrepublik wird nun gezwungen sein, die westdeutsche Verlängerung dieser Transitstraße ebenfalls zu verbessern, um bei den durchreisenden Skandinavien nicht einen schlechten Eindruck zu hinterlassen.

### *Umstellungsschwierigkeiten*

Es war bereits erwähnt worden, daß das Bestreben, möglichst weitgehend von der westdeutschen Wirtschaft unabhängig zu werden, die Planaufstellung für 1961 erheblich gestört und zu Umstellungsschwierigkeiten in der mitteleutschen Wirtschaft geführt hat. Seit 1950 ist ganz systematisch von der sowjeti-

sehen Besatzungsmacht und ihren deutschen Ge-  
hilfen das Gesicht der mitteldeutschen Wirt-  
schaft nach Osten gedreht worden. Man vertrat  
gegenüber der Bundesrepublik den Standpunkt  
der „Wirtschaftssouveränität“, also der autarken  
Unabhängigkeit. Das Interesse am  
Interzonenhandel entsprang nicht dem vorge-  
täuschten „gesamtdeutschen Bewußtsein“, son-  
dern der Erkenntnis, daß dies ein relativ  
billiger Weg war, um dem starken Rohstoff-  
mangel der Industrie der Zone zu steuern.  
Jetzt nimmt man die Kündigung des Inter-  
zonenhandelsabkommens vom letzten Herbst  
als Feigenblatt für noch schärfere wirtschafts-  
trennende Maßnahmen.

„Zahlreiche Betriebe müssen sich auf andere  
Materialqualitäten, Abmessungen, auf andere  
Normteile, Hilfsstoffe usw. umstellen. Außer-  
dem werden solche Importmaterialien, beson-  
ders Rohre, Kaltband und andere kaltgewalzte  
und gezogene Materialien, die eine sehr lange  
Bestellzeit haben, nicht in allen Fällen recht-  
zeitig da sein. Also müssen wir uns im 1. Halb-  
jahr auf solche Schwierigkeiten einstellen. Die  
Umstellungsmaßnahmen betreffen nicht nur  
einige wenige Betriebe, sondern eine große  
Zahl Industriebetriebe, vor allem des Ma-  
schinenbaues und der chemischen Industrie.“  
Diese Worte *Leuschners* weisen auf den hohen  
finanziellen Aufwand hin, der durch diese  
Umstellungsmaßnahmen verursacht wird. Daß  
er im gleichen Atemzug die Aufforderung zu  
sparsamster Wirtschaftsführung wiederholte,  
hatte also guten Grund.

Eine „Massenbewegung zur ökonomischen  
Verwendung von Rohstoffen“ soll Einsparun-

gen von mindestens einer Milliarde möglich  
machen — ein Hinweis auf die bisherige Miß-  
wirtschaft, in der „Parteimoral“ ökonomisches  
Denken nicht ersetzen konnte. „Der Anteil der  
produktiv geleisteten Arbeitsstunden der Pro-  
duktionsarbeiter an der Gesamtarbeitszeit ist  
in diesem Jahr gesunken. Wir haben einen  
anomal hohen Krankenstand. Allein durch  
die Arbeitszeitausfälle für Versammlungen,  
Sitzungen, Konferenzen und andere gesell-  
schaftliche Verpflichtungen hatten wir in der  
sozialistischen Industrie im 3. Quartal 1960  
einen Ausfall von mehr als 200 Mill. DM  
Industrieproduktion.“

Wenn die Umstellungsmaßnahmen konsequent  
durchgeführt werden, dann wird die Jahres-  
wende 1960/61 in der Wirtschaftsentwicklung  
der SBZ zu einem bemerkenswerten Datum.  
Hier begänne dann die noch stärkere Ver-  
zahnung mit der Ostblockwirtschaft. „Vor  
allem müssen sich die Betriebe des Maschi-  
nenbaus auf solche Materialien, Komplettierun-  
gsteile und Ausrüstungen umstellen, die man im  
sozialistischen Lager bekommen kann. Bereits  
im Stadium der Projektierung und der Kon-  
struktion muß es ab sofort eine konsequente  
Orientierung auf die in der Sowjetunion gel-  
tenden Normen geben.“ Wir werden die SED  
an diese Worte *Leuschners* erinnern, wenn  
sich aus dieser einseitigen Bindung zusätzliche  
Schwierigkeiten für die mitteldeutsche Industrie  
ergeben und dann der verlorengegangene  
Zusammenhang mit der westdeutschen Wirt-  
schaft bedauert und als Folge „spalterischer“  
Maßnahmen des Westens bezeichnet wird.

*Dr. Walter Meier*